

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 248 B.

BERLIN • Freitag, den 21. Oktober 1932

1. JAHRGANG

# ... wenn dein starker Arm es will!

## Überall Kampf der Arbeiter gegen Ausbeutung.

### Immer wieder Erfolge!

Der Streik der 800 Arbeiter der Schuhfabrik Rieker in Tuttlingen hat bereits zur Annahme sämtlicher Forderungen der Streikenden durch die Firma geführt.

Der Streik in Elmshorn wurde durch Schiedsspruch zu Gunsten der Arbeiter beigelegt.

Zurücknahme der Lohnabbaumaßnahmen bewirkte ein Streik der Former in der Werkzeugfabrik Böcker & Voormann in Hagen.

Zehnprozentiger Lohnabbau abgewehrt. Ein energisch geführter Streik der 50 Arbeiter in der Möbelfabrik Türklitz in Brandenburg zwang den Unternehmer zur Zurücknahme des Lohnabbaus.

Streikbeschluss verhindert einen Lohnraub bei der Maschinenfabrik Odessa in Oschersleben bei Magdeburg. Für den Fall der Durchführung des notverordneten Lohnraubs war einstimmig der Streik beschlossen worden. — Ebenso zog die Direktion der Seifenfabrik Bechtold & Förster in Weinheim (Pfalz) ihre Ankündigung eines Lohnabbaus zurück auf Grund des entschlossenen Abwehrwillens der Arbeiter.

Nach einstündigem Streik schon verzichtete die Firma Kämpfe, Chamottefabrik in Eisenberg (Thüringen) auf Durchführung der Papen-Notverordnung.

Auch Landarbeiter wehren sich. Durch einen vierstündigen Streik wehrten die Landarbeiter auf dem Gute Eichenkranz in Schlesien einen geplanten Lohnabbau ab und setzten eine fünfprozentige Erhöhung des Akkordlohns durch.

Glänzender Streiksieg in Krefeld. Die Firma Welter & Haase wollte einen Lohnabbau um 4½ Prozent vornehmen, nachdem der Lohn vor etwa 14 Tagen schon um 12 Prozent gekürzt worden war! Damit war die Geduld der Belegschaft von etwa 85 Mann erschöpft, und sie trat in den Streik.

Nach sieben Stunden schon gab der Unternehmer nach; auch die Streikstunden werden bezahlt.

Passive Resistenz führte zum Erfolg bei der Firma Bilsbaum in Rathenow.

In der Hamburger Hafenschiffahrt waren die Ewerführer der Ewerführerei Föhrtmann u. Behne gegen den Notverordnungs-Lohnabbau in den Streik getreten. Schon am ersten Streiktag nahm die Betriebsleitung den Lohnabbau zurück, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

### Solidarität in der Weserschiffahrt.

Der Streik dauert an, obwohl die Gewerkschaften ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderten, nachdem der laufende Tarifvertrag bis zum 31. März 1933 verlängert worden war. Nach wie vor liegen sämtliche Schleppzüge still, was die Unternehmer besonders empfindlich trifft, weil die Schleppschiffahrt zur Zeit so gut wie seit Jahren nicht mehr beschäftigt ist. Die Polizei ist sehr „aktiv“. Mit welchem Erfolg zeigt folgender Vorfall: Als der Dampfer „Schaumburg“ in Bremen einfuhr, sperrte die Polizei den Hafen ab und verjagte die Streikposten. Daraufhin legte die Besatzung die Arbeit nieder und verließ das Schiff, da sie das Vorgehen der Polizei gegen ihre Kollegen beobachtet hatte.

### Streikbrecher versagen!

Bei Steffens & Nölle in Berlin wird schon seit einiger Zeit gestreikt. Da die Direktion mit den Streikbrechern, die Nazis und „Stahlhelm“ bereitwilligst stellten, schlechte Erfahrungen gemacht hat, mußte sie Fühlung mit der Streikleitung der Belegschaft suchen.

Die Belegschaft des Textilbetriebs Michaelis u. Behrendt in Nowawes steht seit dem 10. Oktober im Streik wegen eines 10- bis 21prozentigen Lohnabbaus.

### AUS DEM INHALT:

Eine Parade und zwei Prozesse.

Zwei Monate Sonderjustiz.

Anhaltender Nazi-Terror.

„Staatliche“ Völkerverhetzung.

Nationalökonomisches aus dem braunen Tollhaus.

### Rückwärtserie im „Vorwärts“

Von Willi Eichler.

Man hat der SPD oft vorgeworfen, daß ihr Funktionsbestand überaltert sei und daß es nur darauf ankomme, auch die „Jungen“ in der Partei nach vorn zu bringen, um ihr neue Lebenskraft einzuflößen. Einer solcher Jungen ist auf irgend eine mystische Weise tatsächlich in den Vorstand der SPD geraten, schon seit einiger Zeit, und hat im „Vorwärts“ vom Donnerstag einen Leitartikel über die Einheitsfront von sich gegeben. Mir ist dieser „Junge“ namens Max Westphal noch aus der Zeit her gut bekannt, wo er als Leiter der Arbeiter-Jugend mit demagogischen Verleumdungen gegen den „Internationalen Jugend-Bund“ mit den Anlaß für die „Exkommunikation“ dieses Bundes aus der allein-seligmachenden SPD gegeben hat.

Aber das sind Privatstreitigkeiten, wird vielleicht mancher sagen. Das sind sie zwar nicht, aber ich hätte sie hier selbstverständlich nicht erörtert, wenn nicht die alten Charakterzüge dieses jungen Parteivorstandsmitgliedes in seinem „Vorwärts“-Artikel erneut zum Ausdruck kämen.

Westphal schreibt über die Einheitsfront, und zwar setzt er die Überschrift in Anführungsstriche. Es wäre zuviel Ehre, auf seine Verleumdungen einzugehen, die er über die russische Revolution vom Stapel läßt. Was hier prinzipiell wichtig ist, ist allein die Absage der „jungen Generation im Parteivorstand der SPD“ an jeden anderen Weg zum Sozialismus als den (bitte festhalten!) — der Demokratie! Die „Begründung“ für diesen „revolutionären“ Weg sieht so aus: „Unsere Aufgabe ist: die Verwirklichung des Sozialismus in Deutschland. Wir können sie nur lösen auf demokratischem Wege. Dürfen wir uns im Interesse der Einheit für einen falschen Weg entscheiden? Wir hätten — vielleicht — die Einheit gewonnen, aber den Sozialismus verloren! Einheit auf dem Boden der Demokratie — eine andere Lösung ist unmöglich.“

Wie kommt Westphal zu dieser Wertschätzung der Demokratie? Auch darüber müssen wir ihn selber hören:

„Der Streit um die Demokratie hat die Arbeiterklasse zersplittert und so die volle (!) Ausnutzung der Demokratie für den sozialistischen Umbau gehindert. Was eine einige sozialistische Bewegung auf dem Wege der Demokratie hätte schaffen können, das erkennt wohl jeder denkende Mensch heute am Beispiel, das das Bürgertum uns gibt. Die Sammlung des Bürgertums machte die demokratische Verfassung zur Waffe ihrer Feinde. Dagegen die Spaltung der Arbeiterklasse machte diese Waffe für den Sozialismus immer stumpfer.“

Die Kommunisten haben die Chance der Demokratie der Reaktion überlassen. Wir müssen sie wiedergewinnen!

Westphal behauptet also hier allen Ernstes, daß die Macht der heutigen Regierung und der Reaktion

## Offene Willkür gegen links.

Die Maßnahmen der Herrschenden gegen die Kommunisten nehmen die empörendsten Formen an: die vierte Nummer der „Roten Fahne“ nach einem wochenlangen Verbot war in Vorbereitung, als am Mittwoch

die Rotationsmaschine in der Druckerei im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin polizeilich beschlagnahmt und versiegelt wurde. Die drei nach dem Verbot erschienenen Nummern der „Roten Fahne“ waren so vorsichtig geschrieben, daß selbst Herr Melcher nichts fassen konnte, um daran eine Begründung für ein neues Verbot zu knüpfen. Jetzt ist eine neue Technik angewandt worden: ein vom Reichsgericht beauftragter Kasseler Untersuchungsrichter hat die Beschlagnahme angeordnet mit der Begründung, ein sachverständiges Gutachten habe festgestellt, daß auf der Maschine hochverräterische Schriften hergestellt worden seien.

Die „Rote Fahne“ teilt mit, daß es sich um einige Nummern der „Internationale“ (Artikel von Thälmann) und des „Propagandist“ und um eine Rede Remmeles handelt — lauter

Schriften, die über ein Jahr alt sind, legal erschienen, deren „hochverräterischen Inhalt“ man jetzt entdeckt.

Außer durch das wiederholte offene Zugeständnis seitens der Regierung, daß sie den Kommunisten den Anspruch, mit gleichem Recht wie andere behandelt zu werden, verweigert, wird die Willkür der Unterdrückungsmaßnahmen gegen die KPD kaum unverhüllter demonstriert als durch eine so offensichtliche an den Haaren herbeigezerrte Begründung, wie man sie dem neuen Akt anhängt hat.

Während die Maschine im Karl-Liebknecht-Haus versiegelt wurde, druckte der gut unterrichtete „Deutsche“, das Blatt der christlichen Gewerkschaften, folgende Mitteilung:

„Es wird behauptet, zwischen der Regierung und den Nationalsozialisten seien bereits wieder Fäden gesponnen. Da die Harzburger Parteien in diesem Reichstag nicht über eine Mehrheit verfügen werden, so greift man auf den alten Plan zurück, um sie künstlich herzustellen.“

Man will die Kommunisten ausschalten, mit der Begründung, daß sie infolge ihrer Abhängigkeit von Moskau als eine deutsche Partei nicht gelten können. Und will dementsprechend ihre Stimmen im Reichstag einfach als nicht vorhanden erklären.“

Angesichts derartiger Angriffe auf die KPD ist es um so unverständlicher, daß sie nicht klare Schritte unternimmt, um die Einheitsfront mit dem Block der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften zu organisieren.

### Boxheimer Mordpläne nicht strafbar.

Durch einen nach nichtöffentlicher Beratung gefaßten Beschluß des Vierten Strafsenats des Reichsgerichts vom 12. Oktober ist der Verfasser des bekannten „Boxheimer Dokumentes“, Dr. Best, aus tatsächlichen Gründen wegen mangelnden Beweises hinsichtlich der Anschuldigung des versuchten Hochverrats außer Verfolgung gesetzt worden. Die Angelegenheit Dr. Best ist damit restlos erledigt.

So meint der Meldereiter Hugenbergs, die Telegraphen-Union. Die Angelegenheit ist nicht erledigt; denn sie schreit zum Himmel. Und auch der „nicht öffentliche“ 4. Strafsenat wird noch einmal öffentlich zur Verantwortung gezogen werden, weil er nicht einmal für nötig hält, zu erklären, inwiefern die Beweise zur Verurteilung des Verfassers von Mordplänen nicht ausreichen, warum dieser also „außer Verfolgung gesetzt“ wird. Wir kennen die Begründung: Nazis sind „aufbauwillige Kräfte“ (auch wenn sie morden!) und Kommunisten? — darüber weiß „Kollege Jorns“ damaliger Kriegesgerichtsrat gegen die Luxemburg- und Liebknecht-Mörder, denen nichts geschah, Bescheid: Jorns ist heute Reichsgerichtsrat und kann also die Kollegen vom 4. Senat leicht informieren.

Rechtspredigt? Bitte Jorns fragen! Und Papen!



sich auf die Demokratie stütze. Von Machtpositionen wie: Reichswehr, Großgrundbesitz, Schwerindustrie, SA usw. hat dieser Anhänger des Marxismus (was zu sein, er nämlich vorgibt) offenbar in der Lindenstraße 3 nie etwas vernommen. Daß die Einigkeit des Bürgertums, die er hier behauptet, zum Glück politisch noch gerade nicht besteht, hat er auch nicht erfahren! Was hat er überhaupt erfahren? Anscheinend nur eins: Er hat erfahren, daß es klüger ist, in der SPD als Junges so zu zwitschern, wie die Alten — nicht sunen, sondern: singen! Wie es also heute der verkalkten Theorie der Demokratie entspricht. Das macht Westphal so gründlich, daß er in bezug auf Bereitschaft zu lernen, hinter alten Sozialdemokraten, wie z. B. Theodor Leipart, weit zurücktritt: Er redet noch im Stiefel der Kommunistenhetze, die vor einigen Jahren in der SPD modern war,

während Leipart, dessen Brief der „Vorwärts“ noch immer verschweigt, längst Aktionen vorschlägt, die für Sozialdemokraten revolutionär sind.

Wir sind auf diesen Artikel so ausführlich eingegangen, weil solche Äußerungen ein ungeheures Hemmnis für das Zustandekommen einer Einheitsfront sein können. Wir haben neulich behauptet, daß die Bildung der Einheitsfront durch die SPD sowohl wie durch die KPD ungeheuer erschwert wird und daß deshalb die Bedeutung der Rolle der freien Gewerkschaften für die Einigung des Proletariats immer mehr wachse. Der Artikel Westphals liefert dafür einen neuen Beweis: er vertritt lediglich eine engstirnige Parteiklame für den 6. November, und zwar unter Vergewaltigung jeder, der oberflächlichsten geschichtlichen Erfahrung.

## Die Gegner der Regierung Dollfuß.

Im Zusammenhang mit der Schießerei im Wiener Semmering sind jetzt 56 Schutzbündler in ordentliche Untersuchungshaft genommen worden. Es wird gegen keinen einzigen Nazi eine Untersuchung eingeleitet!

Durch diese einseitige Behandlung der Vorfälle vom Sonntag sowie durch das Demonstrationsverbot, das lediglich die Oppositionsparteien trifft, hat die Regierung Dollfuß sich den letzten Rest von Sympathie von Seiten der Sozialdemokraten verschert. Wie schwierig es aber für die Regierung ist, ohne Tolerierung der Sozialdemokraten im Bundesparlament eine Mehrheit zu erlangen, hat sich bei der Abstimmung über das Genfer Protokoll gezeigt. Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, in der Donnerstag-Sitzung des Nationalrates einen Mißbilligungsantrag gegen die Regierung einzubringen. Einer der Gründe für diesen Antrag ist, wie aus einer Erklärung der Partei hervorgeht, die Berufung von Fey, einem ausgesprochen monarchistischen Putschisten, zum Sicherheitskommissar. Die SP verlangt, daß am 27. November Neuwahlen für den Nationalrat stattfinden.

Nicht weniger als die Sozialdemokraten bekämpfen die Nationalsozialisten die Regierung, auch sie fordern die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen. Die NS-Landespressstelle

veröffentlicht eine Erklärung, in der sie sich darüber beklagt, daß die NSDAP von der Mitverantwortung im Staate ausgeschaltet sei, und daß die Regierung sich von den Sozialdemokraten tolerieren lasse.

Neben diesen beiden Gegnern haben sich auch die österreichischen Kammern für Handel, Industrie und Gewerbe gegen die Politik der Regierung ausgesprochen. Auf dem zehnten Handelskammertag in Wien wurde vor allem die Handhabung der Devisenwirtschaft sowie die einseitig der Landwirtschaft dienende Handelspolitik kritisiert.

Da nicht damit zu rechnen ist, daß die Regierung Dollfuß in einem neugewählten Nationalrat eine hinreichende parlamentarische Basis haben würde, bleiben ihr nur zwei Möglichkeiten übrig, sich am Leben zu erhalten: entweder sie verzichtet auf die Mehrheit wie Papen es tut, oder sie versucht, mit einer der Oppositionsparteien, am wahrscheinlichsten wohl mit den Nationalsozialisten, ein Bündnis zu schließen.

Die Wiener Hochschulen, die infolge von Schlägereien am Montag geschlossen worden sind, wurden am Donnerstag wieder geöffnet.

## Herriot vor Verhandlungen.

Sitzung des auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer.

Am Mittwoch gab Herriot vor dem auswärtigen Ausschuss der französischen Kammer einen ausführlichen Bericht über die außenpolitische Lage. Er schilderte, wie der amtliche Bericht meldet, vor allem die einzelnen Schritte der Diskussion über die deutsche Gleichberechtigungsforderung und betonte, daß er zur Zeit an der Vorbereitung der Vorschläge arbeite, die Frankreich für eine Abrüstung im Sinn des Artikels 8 der Völkerbundsatzung in Genf vorlegen werde.

Die französische Presse berichtet, Herriot habe auf die Frage, was er im Fall einer vertragswidrigen Aufrüstung Deutschlands zu tun gedenke, geantwortet, Frankreich werde, obwohl es auch Machtmittel in der Hand habe, nur seine Rechtsmittel einsetzen.

Auf einen Angriff gegen den deutsch-französischen Handelsvertrag erwiderte Herriot, er kenne die Nachteile dieses Vertrages, gedenke ihn aber nicht zu kündigen; er ziehe es vor, auf dem Verhandlungsweg zu einer Aenderung der für Frankreich ungünstigen Bedingungen zu kommen.

Die Anregung eines Ausschussmitgliedes, die Schuldzahlungen an Amerika einzustellen, da Frankreich von Deutschland auch keine Zahlungen mehr erhalte, lehnte Herriot ab: Frankreich werde die Handelsschulden bis auf den letzten Heller bezahlen und werde versuchen, durch Verhandlungen eine günstigere Regelung seiner politischen Schulden zu erreichen.

Der bisherige deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, wurde von Herriot bei einem Festessen feierlich und herzlich verabschiedet. Man versicherte sich der Hochachtung vor dem Volk des anderen und der Bereitschaft zu einer freundschaftlichen Verständigung zwischen beiden

Staaten. — Bei Tischreden ist diese Verständigung immer am einfachsten.

Der Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz ist auf den 21. November einberufen worden. Der Organisationsausschuss, der die Weltwirtschaftskonferenz vorbereiten soll, tritt am 14. November in Genf zusammen.

## Unterhausdebatte über Arbeitslosendemonstrationen.

Als Antwort auf eine Interpellation von Lansbury erklärte der englische Innenminister, daß die Arbeitslosenunruhen auf kommunistischem Einfluß beruhen, daß sie von der Komintern „vorgeschrieben“ seien — das ginge aus den Methoden des Straßenkampfes hervor — und daß zwischen den etwa 300 Zweigstellen der englischen Arbeitslosenbewegung und Moskau eine direkte Verbindung bestünde.

Auch Mitglieder der Regierung haben inzwischen dank der häufigen Demonstrationen bemerkt, daß bei der Handhabung des Erwerbslosengesetzes „einige Ungerechtigkeiten“ vorkommen: MacDonald hat im Unterhaus erklärt, daß die Regierung demnächst ihre neuen Pläne über Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsbeschaffung und Bedürftigkeitsprüfung dem Parlament vorlegen werde.

Die Zollerhöhungen, die die Abkommen von Ottawa mit sich bringen, werden im Parlament nicht einzeln durchberaten, sondern in einer zusammenfassenden Entscheidung vereinigt werden. Diese Methode ist im Interesse der Rationalisierung unbedingt zu begrüßen, da die riesige Mehrheit der Regierung ja doch alle Parlamentsdebatten überflüssig macht.

Ein schwerer Taifun herrscht im Stillen Ozean und hat die Schiffsverbindungen zwischen Japan und China unterbrochen.

Der Raum genügt nicht, alle die Ehrungen aufzuzählen, die bei dieser Gelegenheit scheinbar den Frontkämpfern, in Wirklichkeit dem imperialistischen Kriego zuteil wurden. Es genügt die Feststellung, daß selbst die sogenannte demokratische Presse so großen Teil dem Plan zustimmt, die ehemaligen Frontkämpfer mit Sonderrechten auszustatten.

In der erwähnten Parade kommen die zwei kennzeichnendsten Krankheitssymptome des Kapitalismus zum Ausdruck:

**Der Militarismus und die wachsende Verelendung breiter, weit über die Lohnarbeiterschaft hinausgehender Schichten der Bevölkerung.**

Diese zwei Erscheinungen hängen natürlich auf das Engste mit einander zusammen. Die besondere Struktur des ungarischen Militarismus, der es trotz des Trianoner Friedens praktisch zu einer allgemeinen Wehrpflicht gebracht hat, erfordert eine größere geschichtliche Studie über das Nachkriegs-Ungarn. Hier sollen heute nur zwei weitere Beispiele angeführt werden, die jenen Zusammenhang deutlich machen.

Zunächst ein Wort über einen Prozeß, der auf die Verelendung der Bauernmassen ein grelles Licht wirft; diese Verelendung ist eine chronische, durch die übermäßigen Steuerlasten des militärischen Ausbeuterstaates verursachte Erscheinung, die durch die Weltwirtschaftskrise noch verschärft worden ist. Am selben Tage, an dem die oben angeführte merkwürdige Festrede gehalten wurde, fand die erste Hauptverhandlung über die blutigen Vorgänge auf dem Marktplatz von Pácsa (vom 18. Februar) statt.

Elf Bauern, ursprünglich des Aufruhrs, jetzt der Gewalt gegen die Behörden beschuldigt, sitzen auf der Anklagebank. Die Vorfälle spielten sich folgendermaßen ab: Bei dem in Untersuchungshaft gestorbenen Bauern Briglovics und einem anderen Landwirt der Gegend fand am

## Regierungsbildung in Rumänien.

Manu ist vom rumänischen König mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Titulescu wird, wie erwartet wurde, wenigstens vorläufig das Außenministerium übernehmen.

Die Politik Titulescus, um derenwillen Ministerpräsident Vajda zurückgetreten ist, unterscheidet sich vor allem in außenpolitischen Fragen von der Politik der bisherigen Regierung. Vajda hatte die Ansicht vertreten, daß es kein Nachteil für Rumänien sei, wenn es den russisch-rumänischen Nichtangriffspakt so unterzeichne, wie Frankreich es wünscht, vorausgesetzt, daß es sich dadurch die finanzielle Unterstützung Frankreichs sichern könne. Titulescu dagegen will sich nicht einseitig an Frankreich binden, sondern sowohl mit Frankreich als auch mit Italien günstige Beziehungen unterhalten, ohne einem von beiden den Vorzug zu geben. Er hofft, die finanzielle Sanierung Rumäniens ohne Hilfe von seiten anderer Länder durchführen zu können, durch entsprechende innenpolitische Maßnahmen und durch Abschließung günstiger Handelsverträge mit anderen Staaten.

## Rückkehr aus der Verbannung.

Zwei Mitglieder des bulgarischen Bauernbundes, die seinerzeit in der Regierung von Stamboliski waren und acht Jahre in der Verbannung gelebt haben, kehren jetzt wieder nach Bulgarien zurück. Da sie in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden sind, werden sie an der Grenze verhaftet werden. Die jetzige Regierung hat ihnen aber im voraus zugesagt, daß sie in wenigen Tagen begnadigt werden.

Die Regierung hatte den beiden ehemaligen Ministern sowie anderen Emigranten, die nach Bulgarien zurückkehren wollten, geraten, bis Anfang November in Jugoslawien zu bleiben, um dort ihre Amnestierung abzuwarten. Dieser Rat ist nicht befolgt worden, weil die Verbannten, Athanasoff und Stoyanoff, dem Bauernkongreß, der in einigen Tagen eröffnet wird, beiwohnen wollen, um dort den linken Flügel zu stärken.

Den Emigranten ist nunmehr die Einreise nach Bulgarien verweigert worden — allerdings erst, nachdem sie die Grenze schon überschritten hatten. Die bulgarischen Behörden wollen versuchen, die ehemaligen Minister wieder nach Jugoslawien abzuschieben. Diesen ist auch verboten worden, mit dem Vorstand des Bauernbundes in Verbindung zu treten. Sie erhalten die Einreiseerlaubnis erst wieder, wenn die Amnestie erfolgt sein wird. Die Regierung wirft ihnen jetzt auch vor, im Dienste Jugoslawiens gegen Bulgarien gearbeitet zu haben.

Offensichtlich wünscht die Regierung also die von den Verbannten beabsichtigte Stärkung des linken Flügels nicht!

## Das schlechte Gewissen.

Hugenberg als Wahrheitsfanatiker — gegen Polen.

Die polnischen Behörden haben die in Bromberg erscheinende „Deutsche Rundschau“ beschlagnahmt, „weil das Blatt lediglich zwei Tatsachen mitgeteilt hatte“, schreibt die Hugenbergsche Telegraphische Union in der neuesten Fortfahrt: „Wie schlecht muß das polnische Gewissen sein, wenn der polnische Staat sogar die Wahrheit polizeilich beschlagnahmen läßt!“

Wie steht es mit einer Anwendung dieses Urteils auf das deutsche Gewissen und den deutschen Staat, Herr Hugenberg? Näheres siehe unter „Landesverrat“, der u. a. die Wahrheit zu sagen verbietet, wenn es sich um Dinge handelt, die der Staat verschweigen möchte.

## Japans Politik.

Aus Tokio wird berichtet, daß die japanische Regierung beschlossen hat,

ihre Stellungnahme zum Lytton-Bericht in entscheidenden Punkten zu revidieren.

Da die japanische Antwortnote schon auf dem Wege nach Genf ist, wird Yoshida, das japanische Mitglied des Lytton-Ausschusses, am 28. Oktober mit den Abänderungen nach Genf abreisen.

Der japanische Geschäftsträger in Moskau soll dem stellvertretenden Außenkommissar gebeten haben, daß die russischen Behörden japanischen Zivilpersonen auf dem Bahnhof von Mandschuria Schutz gewähren, da der Bahnhof von Freischärlern besetzt ist. Das russische Außenkommissariat soll sich bereit erklärt haben, diesen Wunsch zu erfüllen.

## Eine Parade und zwei Prozesse

Horthy-Ungarn in Bewegung.

B.-s. In Ungarn fand am 4. Oktober eine merkwürdige Parade statt. Angeblich 40 000 Frontkämpfer, verstümmelte und unverstümmelte, marschierten vor dem Landesverweser bei dem Denkmal des „Unbekannten Soldaten“ vorbei. Solche Paraden sind an sich nichts Ungewöhnliches in unseren Tagen, in denen die wichtigste Lebensform der Ausbeuterklasse der Militarismus ist und ihr einziger Ausweg der Krieg. Bemerkenswerter ist die Festrede des Führers des ungarischen Frontkämpferbundes Martsekényi: „Wir rufen nicht alte Erinnerungen wach, sondern wir wollen das zukünftige Ungarn mit harter Faust anbahnen. Viele sagen, wir wären für den Krieg. Kameraden, das Volk der Schützengräben kennt den Krieg. Ihr habt das ausgespritzte Gehirn, die zerrissenen Knochen auf dem Drahtverhau gesehen. Ihr wißt, wir können nicht den Krieg wollen. Wir wollen nach außen hin einen gerechten Frieden, und Brot zu Hause. Wir fürchten aber, daß der verbitterte, am Rande des Hungertodes schwebende Frontkämpfer genötigt sein wird, die Abfälle aufzulesen, die die rote Internationale ihm hinwirft. Darum erbitten wir von der Regierung eine gesetzliche Regelung der Kriegsinvaliden- und Frontkämpferfrage.“

Nachdem die Frontkämpfer von einem Feldprälaten auf die Fahne vereidigt worden waren, die von der „guten Gesellschaft“ von Ungarn den Frontkämpfern geschenkt worden war, ergriff der neue Ministerpräsident, General von Gömbös, das Wort, gab seiner Sicherheit Ausdruck, daß die Frontkämpfer unter keinen Umständen dem Internationalismus anheimfallen würden, und versicherte zugleich, daß er es als seine Pflicht betrachte, den Frontkämpfern und Kriegsinvaliden durch ein Landesgesetz zu Hilfe zu eilen.

18. Februar wegen Steuerschulden eine Pfändung des Viehbestandes statt. Als dann das Vieh von den Gendarmen vollziehen unter Gendarmenbedeckung zum Markte geführt wurde, entstand auf dem Markte ein sturmartig anwachsender Tumult, der auch dann noch kein Ende fand, als den Besitzern das Vieh zurückgegeben wurde, sondern im Gegenteil bis zur tödlichen Bedrohung der Beamten anwuchs. Es sollen zum Schluß nicht weniger als 1500 Menschen von dem spontanen Aufruhr ergriffen worden sein. Die Gendarmerie hat sich durch Salvenschüsse, die zwei Menschen tödlich und zwei schwer verletzt haben, gerettet und die Menschenansammlungen zur Auflösung gebracht. Es scheint, soweit man auf Grund des ersten Prozeßtages beurteilen kann, daß die elf Angeklagten mehr oder weniger willkürlich festgenommene Personen sind, die nichts oder wenig mit dem Tumult zu tun haben. Jedenfalls konnte bis jetzt nicht das mindeste von ihrer Schuld bewiesen werden.

Während es sich hier um eine spontane Äußerung politisch ungeschulter Menschen handelte, gibt es Anzeichen genug, daß große Teile des Mittelstandes sich bewußt vom Ausbeuterstaat abwenden und der revolutionären Arbeiterbewegung zu Hilfe eilen. Die ebenfalls am 4. Oktober begonnene Hauptverhandlung des Prozesses der „Roten Intellektuellen“ — wie dieser Prozeß vielfach genannt wird — deutet auf neue revolutionäre Keime im ungarischen Mittelstand hin. Es sind neunzehn Intellektuelle angeklagt, meist junge Menschen, durchweg Lehrer, Junglehrer, Studenten und Privatangestellte. Sie werden der aktiven Mitarbeit an der kommunistischen Bewegung beschuldigt und sollen hauptsächlich in der Provinz organisatorische Arbeit geleistet haben. Auch in der Universität Budapest, und ganz besonders in dem bekannten Lötvy-Kollegium (höhere pädagogische Akademie), sollen sie, laut Anklage, etarke Propagandarbeit geleistet haben.

Wir werden auf den weiteren Verlauf der Prozesse zurückkommen.

# Arbeitsdienstlager der Arbeiterschaft? Zu unserer Rundfrage.

Wir veröffentlichen heute zwei der Zuschriften, die zu den zur Diskussion gestellten Fragen (siehe „Funke“ Nr. 236 vom 7. Oktober) bei uns eingingen. Die Artikel wurden nur unwesentlich gekürzt. Weitere begründete Zuschriften sind erwünscht. In einer der nächsten Nummern des „Funken“ fahren wir mit der Veröffentlichung der Zuschriften fort.

1.

Da ich auch schon an einem FAD teilgenommen habe, möchte ich mich jetzt dazu äußern. Vom sozialistischen Standpunkt aus muß ich den FAD natürlich ablehnen, da er, wie in dem Artikel schon gesagt wurde, wahrscheinlich ein Uebergang zur Pflichtarbeit sein soll. Da der Begriff „zusätzliche Arbeit“ ziemlich dehnbar ist, ist auch zu befürchten, daß mit Hilfe des FAD der Vollarbeiter brotlos gemacht oder zum mindesten sein Tariflohn untergraben wird. Da es jedoch in unserer Demokratie nun schon so weit gekommen ist, halte ich es für einen Fehler der Arbeiterorganisationen, wenn sie sich kein Arbeitsdienstlager einrichten; denn

wenn der Staat schon Geld dafür auszahlt, soll doch nicht nur das nationalistische Lager etwas davon haben.

Nach meiner Ansicht können sogar die ADL der Arbeiterschaft eine wertvolle

Propagandastätte für die Einheitsfront gegen den Faschismus

werden; denn gerade die jungen Genossen treten heute am meisten für eine Verständigung der Arbeiterschaft ein. Es könnten auch von unseren Kulturorganisationen zum Beispiel DFV Arbeitsdienstlager eingerichtet und die Jugend dort in unserem Sinne erzogen werden. Die Führer und Helfer der Lager müssen natürlich bewährte Genossen sein, da sie ja den anderen ein Vorbild sein müssen. Wenn unsere Jugend, die bis jetzt

durch die Not gezwungen

ist, bei nationalistischen Arbeitsdienstlagern mitzuwirken, die planmäßige Errichtung von FAD-Lagern der Arbeiterorganisationen schon würde, würden diese jungen Menschen bestimmt den Rechtsverbänden den Rücken kehren und sich wieder bei uns einreihen. Kurt Kohlwege.

2.

Der Bundesausschuß des ADGB hat Richtlinien für den freiwilligen Arbeitsdienst herausgegeben. In ihnen ist deutlich die Sorge der Gewerkschaften zu spüren, nicht zurückzutreten hinter den Nationalisten bei dem Werben um die Jugend. Wie berechtigt ist diese Sorge, wenn man bedenkt, wie sehr Jungdo, „Stahlhelm“, Nazis und ähnliche „nationale Kräfte“ den freiwilligen Arbeitsdienst für ihre Propaganda ausnützen.

Ist die Entscheidung der Gewerkschaftsführer wirklich zu verantworten? Vergewegen wir uns zu diesem Zweck einmal die Ziele des freiwilligen Arbeitsdienstes. „Förderung des Wehgedankens“, „körperliche Ertüchtigung für nationale Aufgaben“, das sind die Phrasen für die ganz nüchterne Militarisation. „Volksnationale Aufgaben gelöst in der Gemeinschaft“, „für die Nation geschaffene Werte ohne Entgelt oder nur gegen ein Taschengeld schaffen die Voraussetzung für ideales Streben in der Volksgemeinschaft“, das ist nur die Verbrämung für eine

Erziehung zum duckenden Arbeitstier, zum bequemen Ausbeutungsobjekt gerissener Kapitalisten.

Der Lagergeist in den Lagern des freiwilligen Arbeitsdienstes ist ein entsprechender. Von den Führern wird andernfalls

dafür gesorgt. Aufbegehrende, den „vorzüglichen Lagergeist“ Störende, werden aus dem Lager einfach entlassen. Das sollte genügen.

Unsere Beurteilung kann nur diese sein:

Dieser durch den freiwilligen Arbeitsdienst erzeugte Geist hat viel schlimmere Folgen, als selbst das Herumlungern der erwerbslosen Jugend auf der Straße.

Bannen wir den gefährlichen Geist durch freiwillige Arbeitsdienstlager der Gewerkschaften, der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, des „Reichsbanners“ und der Arbeitersportler? Auch hier sehen wir sofort Schwierigkeiten auftauchen, wenn wir bedenken, daß durch die Verordnung von Papen über die Neuordnung des freiwilligen Arbeitsdienstes und auch durch Verordnung des Reichsarbeitsministers und endlich durch Ausführungsbestimmungen des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst den Landesarbeitsämtern und den Arbeitsämtern die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes übertragen ist. Diese bestimmen ob ein Arbeitsprojekt sich für den freiwilligen Arbeitsdienst eignet, vergeben die Mittel dazu, bestimmen die „Träger des Dienstes“ — darunter sind zu verstehen die Organisationen oder Gruppen, wie Stahlhelmer, Jungdo oder Gewerkschaften, die die technische Durchführung eines Lagers in der Hand haben — und auch die Jugendlichen, die durch den freiwilligen Arbeitsdienst „gefördert“ werden sollen. Selbstverständlich haben diese Behörden auch die einzelnen Lager zu kontrollieren. Sie haben die Möglichkeit, die „Träger des Dienstes“ abzuberufen, wenn diese ihre Aufgaben nicht in dem gestellten Sinne erfüllen. Was sich hier bei reaktionären Behörden für Möglichkeiten der Sabotage und Schikane ergeben, sieht jeder verständige Mensch. Finanzielle Nöte setzen eine neue Grenze.

Glaubt man überdies wirklich, daß viele „Träger der Arbeit“

— als da sind Gemeinden, Unternehmer, Sportverbände, Kirchen u. s. w. —

ihre Aufträge durch Vermittlung der Behörden gerade den sozialistischen Verbänden übergeben werden?

Viel schlimmer als diese Erwägungen sind für uns Sozialisten die folgenden grundsätzlichen Bedenken.

Es ist eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften, für eine gerechte Entlohnung zu kämpfen. Diese wird aber bei einer Beteiligung der Gewerkschaften am freiwilligen Arbeitsdienst preisgegeben. Man überlegt, 200.000 freiwillige Arbeitsdienstwillige schon jetzt. Diese 200.000 beschäftigt mit „zusätzlicher“ Arbeit. Und was heißt eigentlich „zusätzliche“ Arbeit? Wir haben schon durch die sozialistische Presse eine große Reihe von Beispielen des Lohndrucks und auch von Arbeiterentlassungen als Folge des freiwilligen Arbeitsdienstes erfahren. Wollen die Gewerkschaften die Gewöhnung an Arbeit für Taschengeld oder die Ueberbrückung der Klassengegensätze durch Volksgemeinschaft mitmachen, entgegen ihrem Ziel des Klassenkampfes? Sie werden sich dann des Vorwurfes der Helfershelferschaft der Schaffung einer Ausbeutungsarmee nicht erwehren können.

Nun erwäge man noch, wie sehr ein schlechtes Beispiel verdirbt.

Durch die Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst machen sich die Gewerkschaften nicht nur des Lohndrucks schuldig, sie liefern weite Kreise der Jugend, die sich nach dem Vorbilde der Gewerkschaften richten, gerade erst der nationalistischen Beeinflussung aus, vor der sie die Jugend zu bewahren beabsichtigen.

Schwerer wird der Vorwurf, wenn wir überlegen, daß der freiwillige Arbeitsdienst nur eine Vorstufe ist zur Arbeitsdienstpflicht. Der Einrichtung, die zur Wehrpflicht ohne Kanonen führt. — Das Ende einer gut ausgedachten christlich-nationalen Beeinflussung der Jugend, die ihre Vorläufer auf dem Gebiet der Konfessionen zeigt durch die Aufsichtigung des Religionsunterrichtes in den Volksschulen und der geplanten Einführung des Religionsunterrichtes in den Berufsschulen. Das Neuste in dieser Richtung bedeutet das „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ mit dem Kriegsspielprogramm. Oder kurz gesagt: Ein Glied in der Kette der Militarisation der Jugend.

Hier erkennen wir wieder, wie breit sich der Reformismus in den Gewerkschaften macht. Nicht Kampfstellung bei klarer Aufzeigung ihrer Grundsätze, sondern immer ein taktisches Erwagen, was wird, wenn wir nicht dabei sind. Gewiß werden, wie die Praxis schon zeigt, den sozialistischen Jugendorganisationen Mitglieder zum freiwilligen Arbeitsdienst davonlaufen. Hier sollte die Kritik an der eigenen Arbeit aber schon einsetzen.

Ist es nicht ein beschämendes Zeichen für die erzieherischen Erfolge der sozialistischen Jugendorganisationen, daß die Genossen bei der Beantwortung einer so klaren Frage, wie die des Militarismus und der damit verbundenen Kriegsgefahr, schon versagen?

Hier liegt die wahre Ursache des Versagens. Der Mangel an Klarheit über die Konsequenzen der sozialistischen Ziele und an Opferbereitschaft. Nun laufen sie Scheinidealen nach um ein Taschengeld. Was sollen auch die Jugendlichen, die begriffen haben worum es geht, von ihren Gewerkschaften annehmen, wenn sie in diesen Dingen mittun? Bringen sie diese nicht um ihre Klarheit und Opferbereitschaft? Den sozialistischen Jugendorganisationen er stehen hier ihre Tagesaufgaben. Mittel, wie der freiwillige Arbeitsdienst von der reaktionären Regierung durchgeführt, sind keine Hilfe für die Jugend, wie wir Sozialisten sie befürworten können.

Darum ergibt sich für uns nur:

Kampf gegen den freiwilligen und allen Arbeitsdienst.

Aufklärung über die wahren Gründe dieser Machenschaften. Macht den Eltern, die ihre Jungen und Mädel aus Not zu diesem Dienst anhalten, klar, daß hinter ihm Militarismus, Krieg und Lohndrückerei stehen. Damit Erhöhung der Arbeitslosenziffern und keine Befreiung aus der Wirtschaftskrise. Die Gewerkschaften sollen, ohne mit dem freiwilligen Arbeitsdienst belastet zu sein, für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm kämpfen, wie es im „Funken“ schon erörtert ist und gegen den Mißbrauch der Jugend energisch angehen. Alfred Dannenberg.

## „Freiwilligkeit“, wie er sie meint!

Der Landrat des Kreises Wittenberg versandte an junge Arbeitslose, die sich nach Erlaß seiner Aufforderung zum „Freiwilligen“ Arbeitsdienst nicht gemeldet hatten, folgendes aufschlußreiche Schreiben:

„Sie haben sich auf meine Aufforderung nicht zum freiwilligen Arbeitsdienst gemeldet. Zur Uebersendung der ausgefüllten Meldekarte setze ich Ihnen eine letzte Frist von drei Tagen. Geht innerhalb derselben nicht Meldung ein, dann muß ich annehmen, daß Sie nicht mehr hilfsbedürftig im fürsorgerechtlichen Sinne sind. Ich werde dann prüfen, von welchem Zeitpunkt ab die Zahlung der Unterstützung eingestellt werden muß.“

Wie viele junge Arbeiter im Kreise Wittenberg werden es auf diese Drohung hin wagen, sich nicht zum „Freiwilligen“ Arbeitsdienst zu melden? — Zwischen Privatpersonen würde man einen solchen Vorgang als Nötigung bezeichnen!

**BRUNO GLUCHOWSKI**  
**BOHLEN-KULIS**  
REVOLTE AN DER RUHR  
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 15

Sollen die Rettungsarbeiten schon soweit fortgeschritten sein, daß man ganz in seiner Nähe angelangt ist?

„Aber dann müßte man doch Stimmen hören können.“

Er muß sich Gewißheit verschaffen, klettert auf den Steinhaufen hinauf, wirft und kratzt Steine herunter. Ueber der Öffnung sieht er etwas Hellglänzendes sich hin und her bewegen, greift danach. Es ist ein neues Luftrohr. Wie aus weiter Ferne kommend, hört er eine Stimme: Hau ruck, hau ruck, worauf sich das Rohr vor und zurück bewegt.

Mit seiner ganzen Lungenkraft schreit er in das Loch hinein: „Hallo, hal — lo.“ Mehrere Male wiederholt er den Ruf, bis die Bewegung des Rohres endlich innehält. Dann hört er eine wohlbekannte Stimme: „Hallo, Günther, ich bin's, Hans.“

Und noch eine Stimme, die er erst seit mittags kennt: „Hallo, Kumpel, hier ist der alte Andrees. Gleich kommst raus.“

Dann die Stimme des Steigers, an deren harten, metallischen Klang er sich noch erinnern kann: „Hallo, Gerling, können Sie ein Rohr sehen?“

„Jawohl, ich kann es fassen“, schreit er zurück.

„Dann passen Sie auf, wir schicken Ihnen Brot und Kaffee.“

Langsam wird das Rohr zurückgezogen, kommt nach einer Weile wieder. An seiner Spitze ist eine Kaffeepulle und ein Paket mit Draht befestigt.

„Hallo, halt“, schreit er, macht beides los, ruft dann: „Fertigt!“

Das Rohr wird zurückgeholt. Noch auf den Steinen stehend, setzt Günther die Kaffeepulle an den Mund, läßt

die eiskalte Flüssigkeit die ausgedörrte Kehle hinunterrinnen. Dann erst macht er sich an die Butterbrote, läßt von den sechs Schnitten kein Krümelchen übrig. Jetzt fühlt er sich schon ganz anders. Hunger und Durst sind gestillt, die wahnsinnige Angst um das Leben geschwunden. Lebensfreude überkommt ihn, er klettert wieder an das Loch. Auf der anderen Seite sieht er Lichtschein, hört Stimmen und Arbeitslärm. Ueber sich aber sieht er ein gewaltiges Loch, in das man fast ein ganzes Haus stellen kann. Mit aller Macht treibt er ihn vorwärts, zur anderen Seite hin. Ein tiefer Atemzug, er faßt seinen ganzen Mut zusammen, um nicht an die Gefahr zu denken, die ihm von oben, aus dem dunklen Loch droht. Er nimmt die Lampe fest in die rechte Hand, zählt im Geiste eins — zwei — drei — — — los!

In hastenden Sprüngen eilt er über die lange Steinstrasse, stolpert kurz vor dem Rande der Öffnung, schreit auf. Steine sausen aus dem Hangenden herunter, schlagen neben ihm auf. Vier Arme ziehen ihn herunter, an einen schweißnassen Körper fühlt er sich gepreßt. Als er die Augen öffnet, sieht er in die seines Freundes. Freude auf beiden Gesichtern, aber auch auf denen der anderen, die er erst jetzt gewahrt. Er dankt ihnen allen für seine Rettung, diesen Männern mit den halbnackten, schwarzen Körpern, den harten Händen und den hilfsbereiten Herzen. Nicht viel Worte macht er, ein fester Händedruck und ein Ineinandertauchen der Augen ist sein Dank, den man recht gut versteht.

Während er mit Hans Döring dem Schacht zuschreitet, steht er noch immer unter dem Bann der eben verlebten, furchtbaren Stunden, der sich durch die tiefe Dunkelheit und die lastende Stille noch verstärkt.

Eine Schicht erat hat er in der Grube verfahren, und doch hat er schon die Schrecken, die grauenhaften Gefahren des Bergarbeiterlebens gespürt. Der schwarze Tod hat ihn gestreift.

Schräg gegenüber der Zeche, in gebührendem Abstand von der Direktorvilla, erhebt sich das Ledigenheim, allgemein „Monage“ genannt, etwas drastischer auch „Bullenkloster“. Ein langgestrecktes, weißgetünchtes, zweistöckiges Gebäude im Stil einer ostelbischen Schnitterkasernen. In der

Mitte eine Eichentür, mit den Bergmannsemblemen Schlägel und Eisen verziert, zu der einige ausgetretene Stufen emporkühren. Zu beiden Seiten Reihen kahler Fenster mit halbblinden, schmutzigen Scheiben. Unter einem Heim für Ledige hätte man sich eigentlich was anderes vorstellen müssen; einen zweckmäßigen, freundlichen Bau mit großen, hellen Zimmern, sauberen, gardinengeschmückten Fenstern, hygienisch einwandfreien Wasch- und Aborträumen, mit hellgekachelten Fluren, freundlichem Speisesaal und Lesezimmer, mit einem großen Hof, auf dem man Spiel und Sport treiben konnte, mit Vorderaussicht auf einen grünen, baumbestandenen Platz. So etwas gab es im Ruhrgebiet, in verschiedenen neuen Kolonien, deren Besitzer, große Bergwerksgesellschaften, darin wetteiferten, die schönste Kolonie und das modernste Ledigenheim zu besitzen. In Rheinhofen und den anderen zum „Königreich Rhenania“ gehörenden Kolonien, Dörfern und Städten piff man aber auf die neuzeitlichen Bestrebungen, dokumentierte den Abstand zwischen Herren, Beamten und Arbeitern schon rein äußerlich durch die Wohnungen, die man den einzelnen Kategorien anwies. Man legte sein Geld besser und gewinnbringender in neuen Maschinen, Koks-batterien, Schächten und Querschlägen an, die Aussicht auf erhöhte Dividenden boten. Der Arbeiter war es schon seit Jahrzehnten gewohnt, in dunklen, engen Löchern zu wohnen, lebte dort, zeugte Kinder, feierte krank und starb. Und seine Kinder und Kindeskinde setzten dasselbe fort, erbten mit dem Beruf des Vaters auch sein Elend und seinen freudlosen Aufenthaltsort über Tage. Aussicht auf Grün, auf Blumen, Büsche, Bäume, Wiesen, Wälder; das wäre schön, das könnte den Kumpel etwas mit dem Schicksal ausböhnen, das Menschen verdammte, die Hälfte ihres Lebens und noch länger wie Maulwürfe in der Tiefe der Erde nach Kohlen zu wühlen.

Von der Rhenania-Menage aus sieht man nur auf die riesige, graubraune Steinhalden, die Anlagen der Zeche, einige schmale Ackerstreifen und den Feldweg, der an ihnen vorbei zur Kolonie führt. Der Park des Direktors ist, um nicht den Neid der Menagebrüder zu erwecken, gegen ihre Behausung zu, mit einer hohen Backsteinmauer abgesperrt, über die nur, die Kronen einiger alter Kastanienbäume blicken.

(Fortsetzung folgt.)

# Die französischen Gewerkschaften zur Abrüstungskonferenz.

IGB. Die französischen Gewerkschaften haben schon immer in der Abrüstungsfrage Forderungen vertreten, die von den anderen Sektionen der Gewerkschaftsinternationale erst viel später aufgegriffen worden sind. Auch die Forderung der Kontrolle des Handels und der Produktion von Waffen und Munition ist zuerst von Jouhaux, dem Vorsitzenden des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) vorgebracht worden, und zwar in der 1920 eingesetzten technischen Völkerbunds-Kommission zur Behandlung der Abrüstungsfrage. Zur Vertretung dieser Forderung ist Jouhaux auch Mitglied der französischen Delegation beim Völkerbund geworden. Die Stellungnahme Tardieu in Genf veranlaßte ihn später, es abzulehnen, der Delegation weiterhin anzugehören. Als Herriot nach seinem Amtsantritt eine neue Delegation zusammenstellte, ist Jouhaux wieder darin aufgenommen worden, nachdem Herriot ihm zugesichert hatte, daß er seine alten Forderungen in Genf vertreten könnte.

Angesichts der schlechten Aussichten der Abrüstungskonferenz und der Zuspitzung der internationalen Lage ist ein großer Teil der französischen Gewerkschaftsbewegung gegen die Teilnahme Jouhauxs an der Konferenz. Am 4. und 5. Oktober fand in Paris eine Bundesausschuß-Sitzung der CGT statt, in der diese Opposition sehr stark zum Ausdruck kam. Milan, der Vertreter der Föderation der Hutarbeiter, sagte zu Jouhaux: „Wie ernst und entschlossen du auch dein Ziel verfolgen magst, so wirst du doch nicht verhindern können, daß das nach seiner Ansicht wirksamste Mittel — die weitere Mitwirkung bei der Herbeiführung einer Abrüstungskonvention — für die Gewerkschaftsbewegung gefährlicher ist als ein Appell an das Gewissen der mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigten Arbeiter. Wenn diese Arbeiter gegenüber der Stimme der Vernunft taub bleiben, so drückt die Verantwortung auf uns Führer weniger stark, als wenn wir die Machtlosigkeit der Abrüstungskonferenz feststellen müssen, an der unser Vertreter beteiligt ist.“

Jouhaux sprach dann über die Frage, zu welchem Zeitpunkt im Kriegsfall die direkte Aktion der Arbeiterschaft am wirkungsvollsten ist. Er sagte: „Wir müssen dazu stehen, daß die Gewerkschaften im Kriegsfall mit dem Generalstreik antworten, bevor der bewaffnete Konflikt eine Tatsache geworden ist.“

Es ist richtig, wie Milan sagt, daß Jouhaux die Gewerkschaften, durch seine Teilnahme an der Abrüstungskonferenz, nur kompromittieren kann. Andererseits sieht die Forderung Milans sehr danach aus, als läge ihm daran, die Verantwortung dafür, daß von seiten der Gewerkschaften nichts Wirksames gegen den Krieg unternommen wird, von den Führern auf die Arbeiter abzuschieben. Wenn es den Gewerkschaften ernstlich darum zu tun ist, die Herstellung von Kriegsmaterial zu verhindern, dann ist die Verantwortung der Führer nicht damit erschöpft, daß sie an das Gewissen der beteiligten Arbeiter appellieren. Dann haben die Gewerkschaften die Aufgabe, eine solche Aktion zu organisieren und energisch durchzuführen. Wenn sie meinen, daß sie dazu nicht stark genug sind, dann dürfen sie erst recht nicht versuchen, die Verantwortung durch einen Appell an das Gewissen einzelner Arbeiter von sich abzuwälzen, sondern dann müssen sie sich von vornherein auf praktische Aufgaben beschränken, denen sie sich gewachsen fühlen.

## Die Mitgliederzahl des Britischen Gewerkschaftsbundes.

(IGB) Offiziellen Angaben zufolge beläuft sich die Mitgliederzahl des Britischen Gewerkschaftsbundes zur Zeit auf 3 613 278 (in 209 angeschlossenen Organisationen), gegen 3 719 401 (in 210 Organisationen) im vergangenen Jahre. Auf Grund einer intensiven Kampagne ist es gelungen, bis zum 30. Juni dieses Jahres 114 000 neue Mitglieder zu gewinnen.

## Lohnkonflikt bei der BVG.

Das Lohn- und Gehaltsabkommen der Arbeiter und Angestellten der Berliner Verkehrs-Gesellschaft ist abgelaufen. Die Betriebsleitung will einen Abbau der Löhne um durchschnittlich 8 Prozent vornehmen und auch Verschlechterungen der Bestimmungen über die Arbeitszeit und Überstunden durchführen. Die Belegschaft ist empört, versucht es aber noch auf dem Verhandlungswege. Auch die Fahrer- und Zugabfertigungszuschläge sowie die Frauen- und Kinderzulagen sollen abgebaut werden.

## Lohnabbau im Bayerischen Erzbergbau.

Nach einer verbindlich erklärten Entscheidung des Landesschlichters in Nürnberg soll der Schichtlohn für Hauer über 24 Jahren von 5,30 auf 4,80 Mark gekürzt werden!

## Entlassung streikender Arbeiter.

Bei der Patentverschlusfabrik Ri-Ri-Werk G. m. b. H. in Wuppertal-Barmen war wegen beabsichtigter Kürzung der Akkordzuschläge von etwa 100 Arbeitern der 250 Arbeiter umfassenden Belegschaft ein Teilstreik durchgeführt worden. Diesem schlossen sich bald in Solidarität die anderen Arbeiter an. Als Antwort darauf hat die Firma alle Arbeiter fristlos entlassen.

## Protestversammlung gegen die Zwickelverordnungen.

F. D. Die Adolf-Koch-Schule veranstaltete am Dienstag im Berliner Lehrervereinshaus eine überfüllte Protest-Kundgebung. Die Redner wiesen sehr eindrucksvoll darauf hin, daß die Zwickel-Erlasse, die die Bracht-Regierung zum Gespött der ganzen Welt gemacht haben, sehr ernste kulturreaktionäre Hintergründe haben. Sie entstammen jener muffigen doppelten Moral, die dem „Volke“ „Sittlichkeit“ aufzwingen will, während für die Bälle der „Gesellschaften“ solche Vorschriften überflüssig sind. Diese Klassenmoral findet hier ihren bis ins Lächerliche gesteigerten Ausdruck. Abgesehen von dem unmoralischen Eingriff in die persönliche Freiheit eines jeden, die diese Verordnungen darstellen, wird die widerlichste Art Denunziantentum gezüchtet. Sehr richtig wies einer der Redner darauf hin, daß die natürliche Nacktheit in der Natur etwas sehr Menschliches hat, er nannte es „Demokratisches“. In Evas Kleid sind die Barone auch nur Menschen, die Autorität des Kleides, der Uniform, verblaßt. Dem Volke muß wieder Autorität beigebracht werden, das Volk muß wieder Hurra schreien lernen, damit es wieder reif wird für den nächsten Krieg. Damit hatte Adolf Koch den Kern der Sache getroffen. Und man kann seine Worte nur unterschreiben, wenn er darauf hinwies, daß die Angriffe der Kultur-Reaktion, die sich zunächst nur gegen seine Schule, dann mit dem zweiten Erlaß überhaupt gegen die fortschrittliche Sportbewegung richtet (ab 1. November dürfen sich Frauen nicht einmal mehr im Trainingsanzug öffentlich zeigen!), nur ein Stück ist aus dem ganzen „Mosaik“ kulturreaktionärer Maßnahmen. Deshalb sei es notwendig, von vornherein eine möglichst breite Kampffront, die auch die fortschrittlichen bürgerlichen Kreise umfaßt, zustande zu bringen.

Am Schluß dieser einmütig verlaufenen Protest-Kundgebung wurde eine Resolution angenommen, die auffordert, dem zweiten Sittlichkeitserlaß Brachts Widerstand entgegenzusetzen, indem z. B. die Männer sich weigern, Badeanzüge zu tragen, die Frauen ihre alten unverzwickelten Badeanzüge weiter tragen u. s. w. Darüber hinaus wird gefordert: Freigabe des Nacktbadens für Kinder bis zum 10. Lebensjahr.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Eilsbethstr. 28/29.

## Der Briefträger kommt

in diesen Tagen, um das Bezugsgeld für November zu kassieren. Wenn Sie es bereithalten, ersparen Sie sich und uns unnötige Arbeit.

## Na also . . .

### Behörden, die zur Einsicht kommen!

Selbst dem Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer scheint es wegen der Lohnraub-Notverordnung nicht recht geheuer zu sein. Er gibt in einer Rundfunkrede über die neue Sozialverordnung wenigstens zu, obzwar in ziemlich gewundener Form, daß die

Lohnsenkung nicht in allen Fällen vertretbar sei und es durchaus dem Betriebe anheimgestellt bleibe, ob er von der Ermächtigung Gebrauch machen wolle. Dr. Schäffer sagte dann:

„Der Betrieb ist gut beraten, der sich deshalb mit seiner Belegschaft verständigt.“

Wir meinen dazu, eine

### Lohnsenkung ist nie vertretbar,

wenn nicht die Preise in mindestens demselben Maße gesunken sind, wenn also durch den Lohnabbau ein Kaufkraftverlust eintritt, und die Arbeiter sind immer „gut beraten“, wenn sie in solchen Fällen alle Mittel, auch das des Streiks, aufbieten, um dem Lohnraub und der Kaufkraftverknappung einen Riegel vorzuschieben, sie können nicht warten, bis man höheren Orts mehr oder weniger notgedrungen zur „Einsicht“ kommt.

### Tomatenkommission in Paris.

t. Am Mittwoch fand ein „erster“ Meinungs-austausch zwischen der reisenden deutschen Delegation und Vertretern des französischen Landwirtschaftsministeriums statt. Die Verhandlungen werden Donnerstag abend fortgesetzt werden und bestehen voraussichtlich nur darin, daß die deutsche Delegation den Standpunkt der deutschen Regierung bekannt gibt und die Ansicht der französischen Regierung dazu anhört.

In Frankreich begegnet die Delegation keinem großen Interesse, weil Frankreich von den geplanten deutschen Kontingenten nicht sehr stark betroffen wird und die Interessen der beteiligten Kreise sich auf Fragen der Revision des deutsch-französischen Handelsvertrags richten, über die gegenwärtig in Genf verhandelt wird.

### Berliner Brotpreis gesenkt.

Auf Grund einer Besprechung im Berliner Polizeipräsidium erklärte sich der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins bereit, seine Mitglieder anzuweisen, ab Montag, den 24. Oktober, den Preis für Roggenbrot von 84 auf 92 Pfennig je Kilogramm zu ermäßigen. Das 2 1/2-Pfund-Brot kostet also künftig 40 Pfennig.

Berliner Wohlfahrtsunterstützungsempfänger haben während des Winters (November bis März) Anspruch auf Brennstoffbeihilfen, die von den Wohlfahrts- und Jugendämtern ausgezahlt werden sollen. Die Beihilfen liegen je nach Art des Haushalts zwischen 1,30 Mark und 2 Mark.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Hann. Münden:** Sonnabend, den 22. Oktober, 20.15 Uhr, im Saale des Volkshauses, Langestraße. Thema: Der Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel. Redner: Karl Eckerlin (Kassel). Unkostenbeitrag 10 Pfennig.

**Köln-Sülz:** Dienstag, 25. Oktober, 20.15 Uhr, Lokal Fernholz, Zulpicher Straße 260. Thema: Freie Gewerkschaften oder RGO?

**Freie Aussprache! Eintritt freil!**

## 500 Prozent Bürgersteuer!

Frankfurt: Der Magistrat beschloß in einer außerordentlichen Sitzung die Erhebung des fünffachen Landessatzes der Bürgersteuer für 1933.

Wetzlar: Die Stadtverordneten beschlossen die Erhöhung der Bürgersteuer von 350 auf 500 Prozent, 500 Prozent! Das scheint jetzt der Normalatz zu werden.

Der Klepper-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags wird diese Tage die Verhandlungen über das Kapitel „Kölnische Volkszeitung“ abschließen, über deren Resultat wir dann im ganzen berichten werden.

Therese Neumann von Konnersreuth soll sich zur Untersuchung der an ihr auftretenden Erscheinungen in eine Universitätsklinik begeben. Endlich! Die bayerische Bischofskonferenz hat sich nun auch für diesen Schritt ausgesprochen.

## Politisches Marionettentheater. Die Jugendliga für Menschenrechte

veranstaltet am Sonntag, dem 23. Oktober, vormittags 11 Uhr, in der „Kamera“, Unter den Linden 14, eine Matinee. Es wird ein politisches Marionettentheater vorgeführt werden; im Anschluß läuft der Film „Kameradschaft“. Karten in der Geschäftsstelle, Berlin N 24, Monbijouplatz 10, Eingang IV/III, und an der Vormittagskasse der „Kamera“.

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet, senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig, 10 Flaschen nur 5,40 Mark. Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen. **Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.**

**Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords**

günstige Posten Macrotuch kauft man gut und billig bei

**Kurt Levy, Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17**

**Warum werfen Sie Ihr Geld weg**

für minderwertige Konfektionskleidung? Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.

**Rudolf Schönheit**

Herrn- und Damen-Maßschneiderei **Magdeburg, jetzt Johannsbergstr. 10 III**

BERLIN

**KAMERA**

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987

20. Oktober: René Clair; **Es lebe die Freiheit**

21.-24. Oktober: Mary Dressler und Wallace Beery in: **Min und Bill**

Die fremde Mutter) **Belprogramm: Diek und Dof in „In Freiheit“** „Essert“ . Fox tönnend. Wochens hau

Freunde und Leser des „Funken“! **Unterstützt Eure Zeitung!** Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

**Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften**

bei billigster Preisberechnung druckt

**A. Janiszewski** Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Eilsbethstr. 29, Fernruf Sammelnummer PL Moritzplatz 6473

**Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?**

**Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre. Von Helene Beyer. 52 Seiten. Gehftet 0,40 M**

Aus den Presse-Urteilen:

„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“ Nr. 27, 2. Juli 1932. „Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“ Nr. 136 vom 13. Juni 1932. „Die Darlegungen der Verfassers zur Frage von Zins, Krise und Geldwährung geben dem Leser fernherhin das Ritzwerk in die Hand auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem eröbten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch Interessierten.“ „Prager Presse“ Nr. 165 vom 17. Juni 1932.

**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a, Postscheckkonto Berlin 818 42.**

## Zwei Monate Sondergerichtspraxis. Ungerechtigkeit in Zahlen.

Die „Rote Hilfe“ teilt folgende Zusammenstellung über die politischen Sondergerichtsurteile bis zum 14. Oktober einschließlich mit.

|                       | Gegen Antifaschisten | Gegen Faschisten     |
|-----------------------|----------------------|----------------------|
| Prozesse . . . . .    | 221                  | 91                   |
| Angeklagte . . . . .  | 998                  | 400                  |
| Zuchthaus insgesamt   | 258 Jahre 4 Mon.     | 25 Jahre 7 Mon.      |
| Gefängnis insgesamt   | 427 Jahre 8 1/2 Mon. | 121 Jahre 9 1/2 Mon. |
| Ehrverlust . . . . .  | 64 Jahre             | —                    |
| Geldstrafe . . . . .  | 570 Mark             | —                    |
| Freisprüche . . . . . | 128                  | 128                  |

Zählt man die politischen Urteile der anderen Gerichte einschließlich des Reichsgerichts hinzu, so ergeben sich in der Zeit vom 17. August (erstes Sondergerichtsurteil) bis zum 14. Oktober insgesamt rund

1010 Jahre Freiheitsstrafe gegen Antifaschisten (Kommunisten, „Reichsbanner“ u. s. w.) gegenüber 220 Jahren Freiheitsstrafe gegen Faschisten.

Diese Statistik umfaßt die in der Presse veröffentlichten Urteile, ist also nicht ganz vollständig.

## Zörgiebels Polizei fahndet

nach Kommunisten; am Mittwoch früh veranstaltete sie eine Razzia in den Arbeitervierteln des Dortmunder Nordens, wo am Sonntag anlässlich der Ueberschwemmung dieser Viertel mit Nazis ein Nazi und eine unbeteiligte Frau erschossen wurden. (Was das Schießen angeht, so ist das einzige, was nach den bisher vorliegenden Berichten feststeht, daß die Polizei geschossen hat.) Es sollen einige Festnahmen erfolgt und einige Schußwaffen beschlagnahmt worden sein.

## Hetze gegen die KPD?

In Hamburg sind in den vergangenen Monaten verschiedene Raubüberfälle vorgekommen, bei denen größere Geldsummen erbeutet worden waren, und die jetzt aufgeklärt wurden. Als Täter wurden mehrere Personen festgenommen, von denen einige der KP als Mitglieder angehören oder (!) mit ihr sympathisieren sollen. Da außerdem ein Teil des geraubten Geldes angeblich in einem kommunistischen Verkehrslokal gefunden wurde, scheint dies der Polizei Grund genug, um die Vermutung öffentlich mitzuteilen, daß bei den Ueberfällen „politische Gründe eine Rolle gespielt haben könnten“.

## Anhaltender Nazi-Terror.

Die Mühlen der Justiz aber mahlen — rechtsherum! — langsam.

In Essen überfielen 50 Nazis ohne vorhergehenden Streit 12 **„Eisernen Front“**, wobei sie auch schossen und einen „Reichsbanner“-Mann so schwer verletzten, daß er im Krankenhaus starb. Zwei der Tat verdächtige SS-Leute wurden festgenommen.

Auf der Rückkehr von der Fürstenhochzeit in Koburg, die von der Nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei reichlich beschickt worden war, kam es an verschiedenen Orten zu Ausschreitungen der durchfahrenden SA-Horden, so in **Peßneck** in Thüringen (Ueberfall Berliner Nazis auf Anhänger der „Eisernen Front“) und in **Eisenach** (Ausschreitungen und Zerstörungen auf einer Geschäftsstelle der Deutschnationalen).

## Gut Harzburg allewege!

In Stolp kam es zu Tumulten der Nazis in einer **deutschnationalen Versammlung**. Im Anschluß an diese Ausschreitungen wurde der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete **Czirnick** aus Stettin festgenommen.

## Nazis unter sich.

Das Mitglied Wegner der Sturmabteilung 14 in **Charlottenburg** wurde wegen schwerer Körperverletzung, begangen an dem SA-Mann von **Belmond**, in Haft genommen.

## Adlige Sprengstoffattentäter.

Gegen den Oberführer der SA-Untergruppe Mittelschlesien-Süd, von **Obernitz** aus Reichenbach, und seinen Adjutanten, den **Grafen Spreti**, ebenfalls aus Reichenbach, wurde wegen Mordversuchs und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz **Haftbefehl** erlassen. Es handelt sich um die Anschläge im Kreise **Nimptsch** und in **Reichenbach**. Die adeligen Herren sind inzwischen verduftet.

# Völkerverhetzung in Thüringens Schulen.

## Dressur statt Erziehung.

Das Thüringer Volksbildungsministerium hat verordnet, daß in der siebenten Klasse der Volksschulen, in den ersten beiden Jahrgängen der Berufsschulen und in den Klassen Quarta bis Unterprima der höheren Schulen

jährlich zwischen Ostern und Pfingsten die Bestimmungen des **Versailler Vertrages** über die Gebietsabtretungen und die Abrüstung sowie der **Kriegsschuldartikel (231)** eingehend zu behandeln

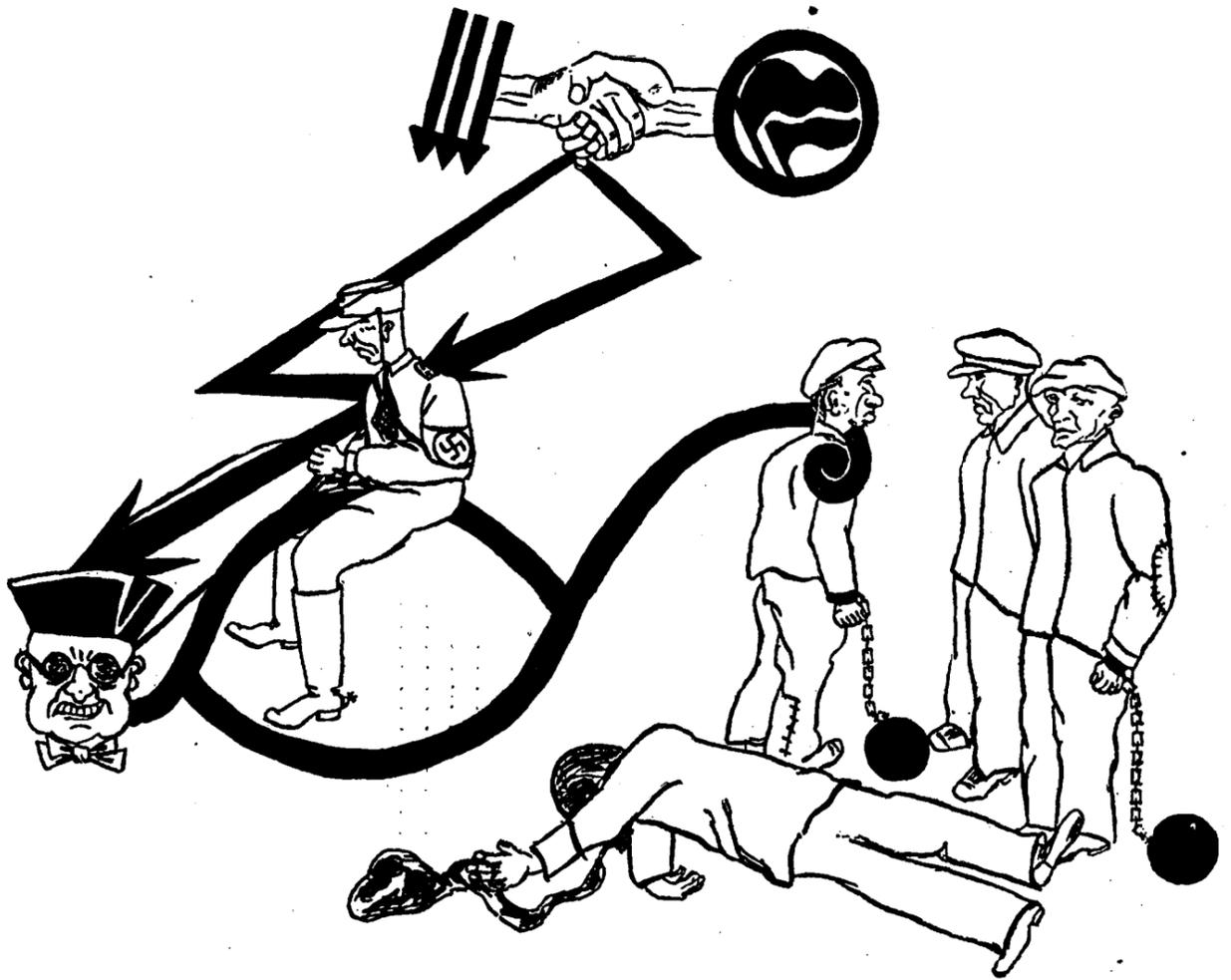
sind. In den Abschlussklassen aller Schulen des Landes haben im letzten Vierteljahr das „**Diktät**“ von Versailles und der **Gedanke des Kampfes** dagegen beherrschend im Vordergrund des Geschichtsunterrichts zu stehen. Zudem haben sich alle Schüler und Schülerinnen des 7. Schuljahres

den Wortlaut des Artikels 231 einzuprägen,

damit sein Inhalt in ihrem Bewußtsein dauernd lebendig bleibe und der Abwehrwille dagegen zur höchsten Entfaltung komme. Um die Erreichung dieses Zieles zu fördern, bestimmt das Volksbildungsministerium, daß in allen Schulen vom 7. Jahrgang an regelmäßig die letzte Wochenstunde mit folgendem Wechselspruch geschlossen wird:

Ein Schüler oder Lehrer: „Hört den Artikel, den Deutsch-

# Schafft Einheit gegen Sondergerichte!



## Die Herren haben's genommen; die Herren geben — 10% zurück.

### Verordnung zur Ergänzung der Sozialleistungen.

Am Mittwoch wurde die angekündigte Aenderung der früheren Notverordnungen über Herabsetzung der Sozialleistungen amtlich bekannt gegeben.

Es handelt sich um folgende Gebiete:

1. **Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung:** Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen I bis VI mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs Unterstützungstage bei Arbeitslosen

mit 1 oder 2 zuschlagsberechtigten Angehörigen 2 Mark,  
mit 3 oder 4 zuschlagsberechtigten Angehörigen 3 Mark,  
mit mehr als 4 zuschlagsberechtigten Angehörigen 4 Mark.

Alleinstehende Unterstützungsempfänger, also insbesondere Jugendliche gehen dagegen leer aus! Das ist insofern eine Ungerechtigkeit als die Lebenshaltungskosten alleinstehender Personen im allgemeinen höher sind als die in einer Familie im Durchschnitt auf eine Person entfallenden.

Arbeitslose, die einer höheren Lohnklasse als VI angehören, erhalten die Zulage, wenn ihr bisheriger Unterstützungssatz den Satz der Klasse VI einschließlich der Zulage nicht erreicht als Zulage wird in diesem Falle der Unterschiedsbetrag gewährt. Besonders wichtig ist, daß die Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit von Familienangehörigen, für die solche Zulagen gewährt werden, für die versicherungsmäßige Unterstützung und Krisenunterstützung außer Betracht bleibt.

2. **Beseitigung von Schwierigkeiten und Härten** aus der Ortsklasseneinteilung der Notverordnung vom 14. Juni: Künftig werden alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugerechnet. Ferner: Bisher waren für die Arbeitslosenunterstützung die Orte der Klasse B in zwei Gruppen geteilt, je nachdem sie mehr als 10 000 Einwohner oder weniger haben. Jetzt fällt diese Teilung fort; in allen Orten der

Klasse B beträgt die Unterstützung künftig so viel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug.

3. **Krankenversicherung:** Die neue Verordnung läßt in beschränktem Umfang Mehrleistungen, die auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember beseitigt worden waren, zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Überschreiten des Höchstsatzes wieder zu. Es soll gestattet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Zuschuß an Stelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen, das bei Aufnahme eines Versicherten in das Krankenhaus für seine Familie zu zahlen ist. Beitragserhöhungen dafür werden „im allgemeinen“ nicht notwendig sein.

4. **Unfallrenten:** Die Renten für alle Unfälle werden nicht mehr gekürzt, wie seit der Notverordnung vom 14. Juni. Die Renten richten sich wieder lediglich nach dem jährlichen Arbeitseinkommen.

5. **Kriegsopfer-Renten:** Von den auf die Sozialrenten anzurechnenden Versorgungsbezügen bleiben in jedem Falle 25 Mark im Monat von der Anrechnung frei.

6. **Mehrleistungen in der Rentenversicherung wieder zulässig:** Die widerrufliche Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung wird wieder allgemein zugelassen. Ueber die Mehrleistungen bestimmt die Satzung. Sie bedarf aber der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Es wird auf Grund der neuen Vorschriften namentlich der Angestelltenversicherung die Erfüllung ihres Wunsches möglich sein, die Gewährung von Waisenrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzusetzen. Die Einführung von Mehrleistungen ist unzulässig, wenn sie die Deckung der Regelleistungen gefährdet.

Wir haben schon anlässlich des Protestes der Gewerkschaften berichtet, daß es sehr auf die praktische Anwendung der neuen Verordnung ankomme. Es besteht durchaus die Gefahr, daß in der Praxis die „Milderungen“ nur auf dem Papier stehen.

Die Tatsache bleibt bestehen: erst baut die Regierung die Unterstützung unter die Hungergrenze um eine halbe Milliarde ab. Dazu war sie keineswegs gezwungen, denn gleichzeitig wurden an anderer Stelle Unsummen für Subventionen zum Fenster hinausgeworfen. Danach hat es die Regierung leicht, ihren „Aufbauwillen“ zu zeigen, indem sie die Unterstützungssätze beispielsweise der Arbeitslosen um ein Zehntel (!) der vorangegangenen Kürzungssumme erhöht. Das nennt man dann „sozial“.

Immerhin scheint die Regierung von einigen besonders gefährlichen Bestimmungen in letzter Minute abgesehen zu haben. Insbesondere ist in der Verordnung von der Aufhebung des Absatz 4 von § 84 des Betriebsrätegesetzes keine Rede mehr. Vielleicht doch ein kleiner Erfolg des Protestes der Gewerkschaften? Was müßte da erst mit einheitlichen und energischen Kampfmaßnahmen zu erreichen sein! Auch daraus sollten die Gewerkschaften lernen.

## Eine Erinnerung an ihre verfassungsmäßigen Pflichten

let der kommissarischen Preußen-Regierung seitens der Zentrumsfraktion im Staatsrat zuteil geworden. Wir berichteten kürzlich über eine Aeußerung Brachts: er werde für eine schnelle Verschärfung der Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuches über die Prostitution Maßnahmen treffen. Die Zentrums-Anfrage an Bracht sagt mit Recht:

„Unter Bezugnahme auf Art. 40 Ziffer 1 der Verfassung ersucht der Staatsrat die Staatsregierung um baldige Auskunft darüber, welche Vorschläge sie der Reichsregierung unterbreitet hat oder zu unterbreiten gedenkt.“

Artikel 40, Ziffer 1 der preußischen Verfassung lautet: „Der Staatsrat ist vom Staatsministerium über die Führung der Staatsgeschäfte auf dem Laufenden zu halten.“

# Belgien kämpft gegen die Krise.

## Keine neuen Kontingente / Rückkehr zum Freihandel?

Das Jahr 1932 bedeutet für die belgische Wirtschaftspolitik eine Epoche schwerwiegender Ereignisse. Der gradlinige Kurs, der in den Verträgen von Oslo und Ouchy seinen stärksten Ausdruck fand, wurde ständig durchbrochen von protektionistischen Maßnahmen, die im letztvergangenen Halbjahr durch eine große Reihe von Kontingentierungsbestimmungen ihren Höhepunkt erreichten. Die belgische Regierung wurde sowohl von den maßgebenden Industrien wie von der Landwirtschaft immer mehr von den Prinzipien des Freihandels zum Protektionismus abgedrängt. Sie ließ sich hierbei nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von politischen Gesichtspunkten leiten, wobei die bevorstehenden Kammerwahlen eine nicht unerhebliche Rolle spielten. Die Kommunalwahlen zeigten jedoch bereits eine Schwankung nach links, so daß im Kabinett die liberalen, kontingentierungsfeindlichen Minister eine Sonderstellung einzunehmen begannen.

Es konnte unschwer vorausgesagt werden, daß Belgien, das auch heute noch mit einem erheblichen Teil seiner Erzeugung auf den Export angewiesen ist, mit der Kontingentierungspolitik Schiffbruch erleiden würde. Dieses ungünstige Ergebnis wirkte sich fast überall in der belgischen Wirtschaft aus, ohne daß sich die Hoffnungen auf eine Ankerbelagerung der Industrie erfüllten. Wenn die Geschäftstätigkeit einiger weniger Industriezweige und engbegrenzter landwirtschaftlicher Kreise einen gewissen Auftrieb erfuhren, so geschah dies zum Schaden der Gesamtbevölkerung.

Die Lebenshaltungskosten stiegen, insbesondere die Preise für Früchte, für Butter, Fische, Brot, Kohlen, Bekleidungsgegenstände und Schuhe. Die Schiffahrtsgesellschaften und Transportunternehmungen, die Häfen Antwerpen und Gent wurden in Mitleidenschaft gezogen, und das Prestige Belgiens gegenüber dem Ausland wurde nach der glücklichen Initiative von Oslo und Ouchy erheblich geschädigt. Die Bewegung gegen die Kontingentierungspolitik nahm immer mehr an Umfang zu, und noch am Sonntag faßte in Anwesenheit des liberalen Ministers die christliche Gewerkschaft eine Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

1. Die belgische Außenhandelspolitik ist in erster Linie auf den Prinzipien des Freihandels begründet.
2. Protektionistische Maßnahmen sind nur dann anzuerkennen, wenn ihre Nichterfüllung den Ruin wichtiger Elemente der Industrie und Landwirtschaft zur Folge haben würde.
3. Selbst unter dieser Voraussetzung soll aber vorgeschlagen werden, Einfuhrzölle zu erhöhen. Letztere Maßnahmen dürfen nur bei Nachweis absoluter Notwendigkeit für Industrie und Landwirtschaft getroffen werden und auch dann nur, wenn gleichzeitig genügende Kontrolle ausgeübt wird.
4. In keinem Falle darf eine protektionistische Handelspolitik eine Verteuerung der zur Ernährung der Bevölkerung notwendigen Erzeugnisse nach sich ziehen, noch zu einer anormalen Preissteigerung von Gegenständen des täglichen Bedarfs führen.
5. Gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Organisationen sollen die Möglichkeiten studiert werden, die Interessen der Landwirtschaft zu verteidigen.

Der Kabinettsrat, der am 17. Oktober abends abgehalten wurde, schloß mit dem vollen Eingeständnis der in der Kontingentierungspolitik erlittenen Niederlage. Der im Verlauf der Sitzung geführte Kabinettsbeschuß verfügt, daß weitere Kontingentierungen nicht mehr eingeführt werden dürfen und die bisherigen Verfügungen einer genauen Nachprüfung unterzogen werden sollen. Mit diesem Beschluß hat die Aera der Kontingentierungspolitik in Belgien zunächst ihr Ende erreicht. Unter diesen Umständen werden die geplanten Kontingentierungsmaßnahmen nicht mehr fortgeführt werden. So wird die Kontingentierung der Einfuhr von Papier, von Salz, von Damenkonfektion u. s. w. unterbleiben. Während die Einfuhrbeschränkungen für Butter, Fische und andere Nahrungsmittel voraussichtlich eine erhebliche Lockerung erfahren werden, ist nicht anzunehmen, daß das deutsch-belgische Kohlenabkommen abgeändert wird. Von so erheblicher prinzipieller Tragweite der Beschluß des Kabinettsrates auch sein mag, so wird seine Bedeutung in gewisser Hinsicht doch dadurch eingeschränkt, daß die

Gründe des Zustandekommens auch in politischen Momenten zu suchen sind. Taktische Erwägungen hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen sowie einer etwaigen Regierungskoalition mit den Sozialisten haben zwar nicht den Ausschlag für die Hartnäckigkeit der liberalen Minister gegeben, aber doch eine wesentliche Rolle bei den Kämpfen innerhalb des Kabinetts gespielt. E. B. (Brüssel).

## Wirtschaftsbelebung in USA.

Die Statistik des Güterwagen-Verkehrs der Bahnen in den USA hat sich als ein ziemlich gutes Konjunktur-Barometer erwiesen. Der Barometerzeiger weist seit einiger Zeit nach oben. Unter der Voraussetzung, daß die Statistiken nicht gefälscht sind, kann man daraus den Schluß ziehen, daß eine gewisse Konjunkturbelebung eingesetzt hat. Im September war der Güterwagenverkehr reger als im August, obwohl in den Jahren 1929-31 die September-Ziffern unter den Augustziffern bleiben. Man vergleiche hierzu die folgende Statistik über den Güterwagenverkehr:

| Monat     | 1929      | 1930      | 1931                  | 1932      |
|-----------|-----------|-----------|-----------------------|-----------|
| Januar    | 4 518 000 | 4 246 000 | 3 490 000             | 2 269 000 |
| Februar   | 3 797 000 | 3 506 000 | 2 835 000             | 2 245 000 |
| März      | 3 837 000 | 3 515 000 | 2 939 000             | 2 280 000 |
| April     | 3 989 000 | 3 618 000 | 2 985 000             | 2 772 000 |
| Mai       | 5 182 000 | 4 593 000 | 3 736 000             | 2 087 000 |
| Juni      | 4 291 000 | 3 718 000 | 2 991 000             | 1 966 000 |
| Juli      | 4 160 000 | 3 555 000 | 2 930 000             | 2 422 000 |
| August    | 5 600 000 | 4 671 000 | 3 747 000             | 2 065 000 |
| September | 4 542 000 | 3 725 000 | 2 907 000             | 2 250 000 |
| Oktober   | 5 751 000 | 4 751 000 | 3 813 000 (geschätzt) |           |
| November  | 3 817 000 | 3 191 000 | 2 619 000             |           |
| Dezember  | 3 338 000 | 2 781 000 | 2 273 000             |           |

Wenn tatsächlich in den USA eine Belebung der Wirtschaft eintritt, so würde das für die gesamte Weltwirtschaft von großer Bedeutung sein. Wir geben daher hier außerdem noch die wöchentlichen Ladeziffern während des zweiten Halbjahres 1932 und fügen Vergleichsziffern für die entsprechenden Wochen der drei Vorjahre zu, schon um auch hier deutlich zu machen, wie groß der Abstand gegenüber der Hochkonjunktur ist:

| Wochenende    | 1929      | 1930    | 1931    | 1932    |
|---------------|-----------|---------|---------|---------|
| 2. Juli       | 1 096 000 | 792 000 | 667 000 | 489 000 |
| 9. Juli       | 911 000   | 915 000 | 762 000 | 419 000 |
| 16. Juli      | 1 066 000 | 923 000 | 757 000 | 504 000 |
| 23. Juli      | 1 079 000 | 919 000 | 742 000 | 501 000 |
| 30. Juli      | 1 102 000 | 919 000 | 761 000 | 510 000 |
| 6. August     | 1 105 000 | 904 000 | 734 000 | 496 000 |
| 13. August    | 1 092 000 | 922 000 | 743 000 | 512 000 |
| 20. August    | 1 102 000 | 940 000 | 748 000 | 518 000 |
| 27. August    | 1 137 000 | 984 000 | 783 000 | 587 000 |
| 3. September  | 1 162 000 | 856 000 | 759 000 | 559 000 |
| 10. September | 1 019 000 | 965 000 | 667 000 | 501 000 |
| 17. September | 1 153 000 | 952 000 | 742 000 | 587 000 |
| 24. September | 1 167 000 | 950 000 | 738 000 | 595 000 |

Seit dem in der zweiten Juli-Woche erreichten Tiefstand fand in diesem Jahr eine verhältnismäßig stetigere Aufwärtsbewegung als in den Vorjahren statt. Auch der in der zweiten Septemberwoche durch einen Feiertag verursachte Ausfall war in diesem Jahr verhältnismäßig geringer als im Vorjahr. Auf Grund der bisherigen Ergebnisse und der Schätzungen aus Spediteur-Kreisen rechnet man in den USA vorläufig mit einer stetigen, wenn auch langsamen Zunahme des Güterverkehrs. Diese Zunahme würde in der Tat eine Belebung der Konjunktur anzeigen.

## ITALIEN

Konzessionszwang für Buchdruckereien. Der Reichsverband der graphischen Industrie in Italien bemüht sich seit längerer Zeit darum, daß die Regierung die Lizenzerteilung (Genehmigung) für Ausübung des Druckgewerbes verschärft. Bisher hat er allerdings noch nichts erreicht. — Schon jetzt kann eine Druckerei nur nach polizeilicher Lizenz betrieben werden. Diese Lizenz macht die „publica sicurezza“ abhängig von der „moralisch und politisch einwandfreien“ Vergangenheit des Bewerbers. Der Reichsverband will die Lizenz auch von der beruflichen Eignung und dem Vorliegen eines Bedarfs nach einer neuen Druckerei abhängig machen. Kurz: er will das Aufkommen neuer Konkurrenten möglichst schwer machen.

in einer Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker.)

## Kontingente! — Keine Kontingente!

Hätte man sich nicht von einigen Exportkonzernen blaffen lassen, so wäre Deutschland inzwischen von der Einfuhr ausländischer Lebensmittel unabhängig, hätte Millionen von Erwerbslosen weniger.

(„Völkischer Beobachter“ vom 7. Oktober 1932, 2. Seite.)

Da bringt es, doch kaum zu glauben, die derzeitige deutsche Regierung fertig, mit ihren Kontingentierungsversuchen zuerst und schleunigst Italien vor den Kopf zu stoßen. ... Zudem hat damit das Papen-System, das doch vorgibt, die Wirtschaft ankurbeln zu wollen, den deutschen Industrieexport nach Italien empfindlich geschädigt. ...

(„Völkischer Beobachter“ vom gleichen Tag, 1. Beiblatt.)

## Bodenfrage und römische Geschichte.

Hans Diebow hat nach seinen Lebensbeschreibungen von Hitler und Mussolini eine Lebensbeschreibung von Gregor Straßer geschrieben. Diebow ist Altertumsforscher und schreibt Gregor Straßer eine antike Rolle zu, nämlich die des Volkstribunen Gracchus, der unter anderem das alte römische Agrargesetz, demzufolge kein Römer mehr als 500 Joch vom öffentlichen Land besitzen sollte, erneuerte und der forderte, daß die vom König Attalus ererbten Schätze für Siedlungszwecke verwendet würden. Er und sein Bruder, obwohl selber beide vom hohen Adel gehörend, sind nebst vielen Anhängern von der Aristokratie, die ihren Latifundienbesitz verteidigte, in den Jahren 133 und 121 vor Christus erschlagen worden.

## Der Sechsstudentag. Günstige Erfahrungen.

In einem Bericht der „India Tire & Rubber Co.“ an das amerikanische Regierungsamt für Arbeitstatistik wird mitgeteilt, die vor einiger Zeit in einer bestimmten Abteilung aus technischen Gründen eingeführte 6-Stunden-Schicht habe sich im Hinblick auf die verbesserte Produktion, die finanziellen Ersparnisse und den Rückgang der Arbeitsversäumnisse derart bewährt, daß beschlossen wurde, den 6-Stunden-Tag auch auf die anderen Abteilungen des Unternehmens auszudehnen. Das Experiment der Einführung einer weiteren Schicht, das heißt des Uebergangs vom 3-Schichten- zum 4-Schichten-System, zeitigte folgende Vorteile:

1. Erhöhung der Zahl der beschäftigten Arbeiter um ein Drittel.

2. Die Produktionseinbußen gingen so stark zurück, daß sie an keinem Tage 5 Prozent überschritten und an vielen Tagen vollständig in Wegfall kamen.

3. Arbeitsversäumnisse (Krankheit u. s. w.), die bei der 8-Stunden-Schicht ziemlich stark ins Gewicht fielen, hörten nahezu vollständig auf.

4. Die Gestehungskosten pro Produktionseinheit sanken um 8,2 Prozent.

In dem Bericht heißt es zum Schluß: „Wir haben es unterlassen, auf die soziologischen Vorteile verkürzter Arbeitszeit und der Einstellung von neuen Arbeitskräften einzugehen. Dies ist in anderen Artikeln getan worden. Unsere Erfahrungen bestätigen alle diese Vorteile. Alles in allem kann gesagt werden, daß die neue Arbeitsmethode wirtschaftlich durchaus gesund und tragbar ist!“ (IGB.)

## DEUTSCHLAND

Wer gibt dem oldenburgischen Finanzminister, volkswirtschaftlichen Unterricht? Er hat dem Reichswirtschaftsminister geschrieben, die zur Behebung der erforderlichen Arbeitslosigkeit gemeinnützigen Arbeiten könnten nur ausgeführt werden, wenn der Kredit zinslos zur Verfügung gestellt werde; das wäre nur möglich im Wege der „produktiven Kreditschöpfung“. Das oldenburgische Finanzministerium bedauert, daß die Reichsregierung bisher sich den gesunden Gedanken der Kreditschöpfung nicht zu eigen gemacht habe. — Wir bedauern das weniger!

Benzinpreis abermals erhöht! In Berlin und Hamburg erfolgt eine „Angleichung“ der Preise, die in Wirklichkeit die vierte Preiserhöhung innerhalb eines Monats darstellt. 1 Liter Benzin kostet nunmehr in Groß-Berlin 37 Pfennig. Im Reichsdurchschnitt ist nunmehr der Benzinpreis um fast 7 Pfennig pro Liter heraufgesetzt worden. Unter Berücksichtigung der höheren Spritbelastung einerseits und der Herabsetzung von Rabatten für Händler und Großverbraucher andererseits ist der Erlös der Produzenten um 10 Pfennig pro Liter erhöht worden. — Ein Erfolg der Einbeziehung der Russen in die Benzinkonvention!

Neue große Russenaufträge? Verschiedene Industriezweige verhandeln über Lieferungen von Material zum Ausbau des russischen Verkehrsnetzes im Werte von 100 bis 150 Millionen Mark. Die Industriefirmen wollen jedoch das Mal das Risiko der Bezahlung nicht allein tragen und verlangen eine deutsche Regierungsgarantie.

## ENGLAND

Neue Zollerhöhungen. Das englische Schatzamt hat Zollerhöhungen für leichte Eisenbahnwagen und Gummischuhwerk angeordnet, die am 21. Oktober in Kraft treten. Der Zoll für leichte Eisenbahnwagen ist von 10 auf 33 Prozent des Werts erhöht worden. Bei Gummischuhwerk werden zu den bestehenden 20 Prozent Zoll 2 bis 3 Pence zugeschlagen.

## SCHWEIZ

Erhöhter Einfuhrüberschuß während der ersten neun Monate 1932: In dieser Zeit ist die Einfuhr gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 355 auf 1307 Millionen Franken zurückgegangen, die Ausfuhr gleichzeitig um 493 auf 593 Millionen Franken. Der Wareneinfuhrüberschuß während der ersten drei Vierteljahre beträgt also 708 Millionen Franken (54 Prozent der Einfuhr!) gegenüber 625 Millionen Franken (nur 38 Prozent der Einfuhr) im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

Die Ausfuhr hat abgenommen gegenüber dem Vorjahr vor allem nach Großbritannien (Rückgang um 112 Millionen auf 65 Millionen Franken); nach Deutschland (Rückgang um 72 auf 85 Millionen Franken). Die Ausfuhr nach Frankreich ist nur um 27 Millionen auf 90 Millionen Franken zurückgegangen. — An diesen Zahlen kann man deutlich ablesen, welches Abnehmerland in der Krise verhältnismäßig kaufkräftig geblieben ist.

Walther Darré, der agrarpolitische Hauptsachverständige der NSDAP, vertritt in seinem Buch „Neuadel aus Blut und Boden“ auf Seite 79 die Auffassung, daß die Gracchen zweifellos die ersten gewesen seien, die die Art an die Wurzel von Roms Größe legten; denn sie hätten den Keim zur späteren Unsicherheit in die auf Dauer gegründete römische Bodenpflege und Landwirtschaftsordnung gepflanzt.

Die „Deutsche Bauernzeitung“ (Nr. 37, vom 11. September), der wir diese beiden Angaben entnehmen, schließt: „Man sieht hieraus mindestens, wie auslegungsfähig die Geschichte des römischen Altertums in der nationalsozialistischen Literatur ist.“ — Wir finden, man kann mehr daraus schließen: daß nämlich der „Germane“ Darré von römischer Geschichte so wenig versteht wie von deutscher Agrarpolitik, und daß alle diese führenden Pg's nichts, aber auch gar nichts von Wirtschaft verstehen.

## Harakiri durch Kontingente.

Unter dieser Überschrift lesen wir im „Manchester Guardian“, der bekannten englischen liberalen Tageszeitung: „Es ist wohl bekannt, daß Harakiri ein Vorrecht der Adligen ist. Und wenn die Papen-Regierung es ausnutzt, würde man in der Welt nur denken, das sei ein interessanter Atavismus (ein Wiederhervorkommen alter Erbanlagen). Aber warum soll Europas zweitgrößte Industrie-Nation zum Selbstmord getrieben werden? ... Zusammenbruch (collapse) ist kein so scharfes Wort für das, was sich in Deutschland ereignen wird, wenn Herr von Papen und seine Junker-Kollegen an der Macht bleiben. Sie haben ihr Land vorgefunden mit 7 Millionen Arbeitslosen. Es sieht aus, als ob sie ihr Amt verlassen werden bei 10 Millionen Arbeitslosen.“

## Nationalökonomisches aus dem braunen Tollhaus.

### Kein Gold! — Gold!

Die Wanderredner der NSDAP haben landauf, landab verkündet, Deutschland müsse sich von dem Fluch des Goldes, der internationalen Goldwährung und damit der internationalen Hochfinanz lösen. Entsprechend lesen wir in der nationalsozialistischen Parteiliteratur: von der „Abhängigkeit der deutschen Währung vom Gold beziehungsweise von der internationalen Hochfinanz“. „Nur wenn dieses Verhältnis gelöst wird, besteht überhaupt die Möglichkeit, für dauernd Ordnung in das deutsche Finanzwesen zu bringen. ... So gelangen wir zu der zwingenden und unwiderlegbaren Schlußfolgerung, daß es für Deutschland überhaupt nur zwei Möglichkeiten gibt: Entweder es befreit sich von dem Trugbild des Goldwahn. ... In diesem Fall muß es die Reichsbank verstaatlichen ... und es muß endlich erklären, daß jede Goldeinlösungspflicht für die Reichsmark ihre Rechtskraft verloren hat. ... Oder Deutschland findet sich auch weiterhin mit dem Schicksal ab, willenlos Ausbeutungsobjekt für die internationale Hochfinanz auf ewige Zeit zu bleiben.“ (Dr. Alfred Pfaff: „Weg zur Brechung der Zinsknechtschaft“, Seite 20/22.)

Es ist eben so, daß ich jetzt der Ansicht bin, Deutschland kann beim Goldstandard bleiben und durch die Krise durchkommen, ohne ihn aufzugeben. Wenn wir das tun können, hat es keinen Sinn, ihn aufzugeben. (Gregor Straßer